

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Dachlosen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereten, in Puzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Hölzerer, Fliesenleger, Ofensetzer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Er erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1,- RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Monats Montag früh

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6 Fernspr.: 2 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postk. Berlin 65232

Postkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentralkasse. Geschäftsangelegenheiten nach Berlin durch „Werba“, Berlin SW 11.

Rückblick auf die Wahl am 13. März

Die erste Etappe im Kampf um die Reichspräsidentenwürde ist überschritten. Keiner der Kandidaten hat die absolute Mehrheit erhalten. Ein zweiter Wahlgang ist nötig. Am 10. April rollen die Würfel um die Reichspräsidentenwürde endgültig.

Das Ergebnis der ersten Etappe überrascht uns nicht. Wir haben im voraus die Dinge ziemlich klar. Nur zu 50% rechnen wir auf den Sieg Hindenburgs im ersten Wahlgang. Leider fehlen ihm an der absoluten Mehrheit einige hunderttausend Stimmen. Trotzdem ist Hindenburg aus dem Kampfe als Sieger hervorgegangen. Seine Axtalen läßt er weit hinter sich. Am 10. April wird Hindenburg die Gegner endgültig schlagen.

Die Hakenkreuzfahne liegt zerrissen am Boden. Die brutalen Gegner der Republik und aller Volksrechte sind jämmerlich unterlegen. Sie hatten das Fell des Bösen im voraus geteilt. Großschärava verkündeten sie: Hitler ist nicht Kandidat, Hitler ist Präsident! Noch am Tage vor der Wahl erklärte der kleine Oerzogregis Hitler, in allen feinen Willären wesenverwandt mit Wilhelm dem Chermaligen, einem amerikanischen Reporter, er werde aus diesem Wahlkampfe mit der größten Stimmenzahl hervorgehen. Der „Oerzog“ hat sich scheußlich blamiert. Hindenburg hat nahe so viel Stimmen erhalten wie Hitler, Thälmann und Dueserberg zusammen. Damit hat die fanatische Siegesübersticht der nationalsozialistischen Faktion einen fürchterlichen Dämpfer bekommen. Hitler ist seines Nimbus entkleidet. Und die von ihm und seinen „Unterojasa“ hypnotisierten Massen werden ein Haar in der Naszuppe entdecken. Die ihnen vorgepiegelte Fata Morgana des sofortigen Sieges ist in ein Nichts zerklüftet. Und die SA-Forden Hitlers, die schon ihre Parteibuchämter in Sicherheit glaubten, werden mit ihrer „Vesfordernng“ bis zum St. Nimmerleinstag warten müssen...

Die Hitler-Partei, die auf etwa 18 Millionen Stimmen im ersten Wahlgang rechnete, ist grauam enttäuscht. Sie hat nur 11,3 Millionen Stimmen erhalten. Und was das Bedeutsamste ist: Vielfach beobachtet wir bei dieser Partei, die in den letzten Jahren von Wahlsieg zu Wahlsieg gestürzt ist, einen erfreulichen Rückschlag. In Hessen, vor allem in den heillosen Städten, haben die Hitlerianer einen starken Stimmenrückgang zu verzeichnen. Wehlich ist im Staate Bremen, im Staate Hamburg und in anderen Bezirken dem Vormarsch der Hitlerianer ein Ziel gesetzt worden. In diesen Bezirken hat man seine Pappenheimer bereits erkannt. Jedenfalls kann man annehmen, daß die Nazis am Ende ihres ununterbrochenen Aufstiegs stehen. Es ist sogar anzunehmen, daß sie den höchsten Punkt ihrer Entwicklung bereits hinter sich haben. Damit ist Aussicht vorhanden, daß die Welle dieser durch Not und verrückte Phrasen erzeugten Massenhypnose ebenso schnell wieder abebbte wie sie am politischen Horizont Deutschlands emporgestiegen ist. Jedenfalls wird dieses Wahlergebnis manches Nazitreibholz an den öden Strand der einjamen Insel des Nichts werfen. Die Faschisten haben zu lange gebrüllt: „Deutschland erwache!“ Deutschland ist faktisch erwacht und verfehlt endlich der Nazibewegung den wohlverdienten Fußtritt...

Neben den Nazis haben sich auch ihre Bundesgenossen, die Kommunisten, blamiert. Thälmann hat 400 000 Stimmen mehr bekommen als die kommunistische Partei bei der letzten Reichstagswahl. Diese Stimmenmehrheit entspricht der stärkeren Wahlbeteiligung. Nach wie vor verfügen die Kommunisten nur über reichlich 13% aller im Reiche abgegebenen Stimmen. Auch hier ist das Erfreuliche, daß die kommunistische Bewegung neben manchen Teilerfolgen dennoch ein Bild der Stagnation und sogar des Rück-

gangs bietet. Im „roten“ Berlin — anders nannte die „Rote Fahne“ die Reichshauptstadt nicht mehr — haben die Kommunisten weit über 50 000 Stimmen weniger erhalten als bei der letzten Reichstagswahl. Nur bei Wahl n erfährt man die Wahrheit über die Stärke des Gegners. Seit langen Monden brüllt die „Rote Fahne“ tagtäglich in die Welt, die „verräterische“ Sozialdemokratische Partei verliere rapid an Mitgliedern, die bolschewistische Bewegung dagegen blühe und gedeihe. Tagtäglich wurde von „Massenübertritten“ sozialdemokratischer Arbeiter zur kommunistischen Partei gefeselt. Daneben wurde in ebenso fürchterlicher wie dummer Weise geschimpft, verdächtigt, verleumdet und gespuckt. Immer wieder hieß es: „Die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind!“ All dieses blöde und unvernünftige Demagogenspiel hat nichts genützt. Die kommunistische Partei stagniert. Wie in Berlin, so hat sie auch in anderen Bezirken erhebliche Schläppen erlitten. Wir erwähnen Hamburg, Hessen und Mecklenburg-Strelitz. Dabei muß noch in Betracht gezogen werden, daß die Seybeweige ihre Stimmen ebenfalls Thälmann gegeben haben, nicht zu vergessen die neuen Wähler und die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit seit der letzten Reichstagswahl. Trotz alledem bietet fürchterliche Reinfall. Der Rüssel aus Moskau wird grauam ausfallen...

Das Gesamtbild dieser Wahl zeigt uns, daß die Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratischen Partei ungefähr reiflos für Hindenburg gestimmt haben. Genaue Berechnungen darüber kann man allerdings nicht anstellen. Aber rechnen wir von den über 18,5 Millionen für Hindenburg abgegebenen Stimmen dem Zentrum 6 Millionen und den übrigen Wählern der bürgerlichen Mitte und den Wählern der Rechten, die ebenfalls für Hindenburg gestimmt haben, 4 Millionen zu, so ergibt sich daraus, daß über 8 Millionen sozialdemokratische Stimmen auf Hindenburg entfallen sind. Und daraus ergibt sich, daß trotz beispielloser Verhehung von rechts und links, trotz schwerer, oft unverständlicher politischer Belastung die Sozialdemokratie

fest und unerschütterlich dasteht. Darauf kann diese Partei stolz sein. Dies bezeugt, daß breite Volksmassen gegen Verhehung und Demagogentum gefest sind und nackte Tatsachen klar und nüchtern zu beurteilen verstehen. In dieser Klippe werden Hitlerismus und Kommunismus zerbrechen.

Nun zum zweiten Wahlgang! Nochmals muß um die Präsidentenwürde gekämpft werden. Glaube keiner, daß alle Gefahr vorüber sei, weil Hindenburg einen ungeheuren Vorsprung gewonnen hat. Sorglosigkeit wäre ein großer Fehler. Gewiß, der Stahlhelm hat keine Lust mehr, sich beim zweiten Wahlgang noch besonders ins Zeug zu legen. Seine Stimmen dürfen sich deshalb zerpfücken. Die Kommunisten stellen selbstverständlich wieder ihren Thälmann auf. Aber auch diese 5 Millionen machen den Kofh nicht fett. Der immer noch nicht ganz unbeachtliche Gegner bleibt Hitler. Großschärava erklärt er, das Rennen nicht aufgeben zu wollen; dieser politische Falstaff hat sich sofort wieder höchst eigenbeinig als Kandidat für die Reichspräsidentenwürde zum zweiten Wahlgang aufgestellt. Daß er, an den realen Verhältnissen gemessen, eine weitere Schlappe erleiden wird, erscheint sicher. Aber damit dürfen wir uns nicht begnügen. Es gilt nunmehr, die Schlappe Hitlers zu einer getadeba ver-nichtenden zu gestalten. Die Hindenburg-Wähler müssen sich zur Aufgabe stellen, im zweiten Wahlgang mindestens 20 Millionen Stimmen für Hindenburg aufzubringen. Je mehr Stimmen Hindenburg erhält, um so schwerer wird die Niederlage Hitlers. Deshalb kein Nachlassen! Jetzt gilt es, auf den abziehenden Gegner das Feuer zu eröffnen. Nach wie vor bleiben wir unserer Parole treu: Schlagt Hitler, darun wählt Hindenburg! Die Nationalsozialisten glaubten bereits am Ziele zu sein und der Reichserfassung die Gurgel abzuwürgen zu können. Jetzt packt sie bei der Gurgel! Nieder mit Hitler! Zerprengt den Faschistenpuk der Nazis! Alle Stimmen nach alter erprobter Tradition am 10. April dem kleineren Lebel:

Wählt Hindenburg!

Um die Arbeitslosenversicherung

Die Verschärfung der Krise hat eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit mit sich gebracht. Natürgemäß sind dadurch die finanziellen Schwierigkeiten der Arbeitslosenversicherung im gleichen Maße gewachsen. Demzufolge sind mehren sich die Vorschläge und Pläne für eine „Reform“ der Arbeitslosenversicherung, die praktisch ohne Ausnahme auf Verschlechterungen abzielen. Die durchschnittlich zu erwartende Arbeitslosenziffer für das Jahr 1932 wird von der Reichsanstalt mit etwa 5,6 Millionen angegeben. Davon werden etwa 1,5 Millionen durch die Arbeitslosenversicherung zu betreten sein. Auf die Krisenfürsorge entfallen schätzungsweise 1,7 Millionen, auf die Wohlfahrtsfürsorge etwa 1,6 bis 1,7 Millionen Arbeitslose. Bei dem Rest der Arbeitslosen handelt es sich um die, die keinen Leistungsanspruch mehr besitzen oder ihre Wartzeit durchzumachen haben. Nach der Festlegung der Beiträge durch die Reichsregierung kann die Auszahlung durch die Reichsanstalt für die Arbeitslosen, die von der Arbeitslosenversicherung versorgt werden, als gesichert gelten. Anders liegen die Verhältnisse in der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge. Für die Krisenfürsorge rechnet man mit einem Zuwachs von etwa 700 000 Erwerbslosen, und einem Mehraufwand im kommenden Geschäftsjahr von voraussichtlich 750 Millionen Mark. Die Zunahme der Wohlfahrtsarbeitslosen wird auf eine halbe Million geschätzt. Die Gemeinden veranlassen die hierfür mehr aufzubringenden Wohlfahrtslasten noch höher als das Reich den Mehraufwand für die Krisenarbeitslosen. Das Reich muß zur Vetreuung dieser 700 000 hinzukommenden Krisenarbeitslosen höhere Beiträge in seinen Reichsanstalt einsehen, gleichzeitig aber noch einen Ausgleich für leistungswahige Gemeinden in den Etat mit einstellen. Bei dieser Sachlage ist es verständlich, wenn die Gegner der Arbeitslosenversicherung mit rücksichtslosen Plänen dem gesamten Versicherungswesen zu Leibe rücken. Ganz allgemein richten sie die Forderungen auf Aufhebung des Reichsanpruchs auf Versicherungsleistung und Einführung der Bedürftigkeits-

prüfung. Sämtliche Pläne zielen auf Einsparung großer Beträge hin. Dagegen hat der Reichsarbeitsminister in letzter Zeit mehrere Male erklärt, grundsätzlich an dem Versicherungscharakter der Arbeitslosenversicherung festhalten zu wollen. Die Reichsregierung hält sich zunächst in Stillschweigen. Dem Vernehmen nach befaßt man sich in maßgebenden Kreisen mit Plänen, die eine Einsparung von 500 Millionen Mark ergeben und der Arbeitsbeschaffung dienen sollen. Die Arbeitgeberverbände haben Pläne ausgedacht, durch die die Arbeitslosenversicherung um 900 Millionen Mark beschonten werden soll. Aus der Vielzahl der Pläne ragt der des Reichs-Preis- und Sparkommissars Goerdeler hervor. Dieser Vorschlag enthält ein Sofort-Programm, das eine Einsparung von 500 Millionen, d. h. eine Herabsetzung der jetzigen Leistung von 2,5 auf 2 Milliarden vorsieht. Als Finanzierungsgrundlage mit er die heftigen Beiträge der Unternehmer und Arbeiter belassen und zur weiteren Finanzierung Erträge aus der Krisensteuer geminnen. Außerdem sollen, wenn auch in einer gemilderten Form, die Gemeinden zur Aufbringung der Kosten herangezogen werden. Der Versicherungsanspruch soll beibehalten, die Arbeitslosenversicherung zur Erwerbslosenversicherung degradiert werden. Außerdem plant er die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung und der Rückstellungenspflicht für Arbeitslose, deren spätere Vermögenslage die Rückzahlung möglich macht. Dieser Umbau der Arbeitslosenversicherung soll jedoch nur ein Uebergangsstadium darstellen.

Im zweiten Teil steht der Goerdeler-Plan eine grundsätzliche Ummüßung der ganzen Arbeitslosenversicherung vor. Er fordert für die Zukunft die Uebertragung der gesamten Arbeitslosenversicherung auf die Gewerkschaften. Er geht dabei zunächst von dem Gedanken aus, den Gewerkschaften, die für die Lohnpolitik verantwortlich sind, auch die Verantwortung für den Arbeitsmarkt aufzubürden. Die Zentralisation der jetzigen Arbeitslosenversicherung soll verschwinden und an ihre Stelle die berufsmäßige Aufsichtung auf die Ge-

werk schaffen treten. Die Nachorganisations sollen weiterhin der Gemeindefürsorge anheim fallen. Dieser Plan wird in Regierungskreisen ernsthaft behandelt. Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände dagegen soll ihn ganz entschieden ablehnen. Ebenso schiebt er in der Unternehmerpresse auf Widerstand, da sie in dieser Maßnahme eine Verstärkung der Macht der Gewerkschaften erblickt. Dagegen ist die Übereinstimmung zwischen den christlichen Gewerkschaften und den ihnen nahestehenden Männern in der Regierung mit Sicherheit anzunehmen. Die bürgerlichen Angestelltenverbände, die den christlichen Gewerkschaften angeschlossen sind, haben von ihrer Seite das Recht zur Erörterung von Gesichtspunkten für die Angestellten gefordert. Ihnen hat die Verkopplung der Angestellten mit den Arbeitern — die Gesamtarbeiterorganisation in der Arbeitslosenversicherung — niemals behagt. Von dieser Seite wird darum der Plan mit Freuden begrüßt. In einem Artikel eines Vorstandsmitgliedes des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, der in der Nr. 5 ihres Zentralblattes erschien, wird behauptet, die Mißachtung an der schwierigen Lage der Arbeitslosenversicherung trage ihr gentschaftlicher Aufbau, der aber durch verständliche Anpassung der beruflichen Eigenarten und unterschiedlichen Mitten bei der Aufstellung der Arbeitslosenversicherung an die Gewerkschaften herangeführt würde. Der Artikel schreibt demnach, daß die Verkopplung der Gewerkschaften mit der Arbeitslosenversicherung eine stärkere Bindung der Mitglieder an ihre Organisation aus eine Nachverweigerung der Gewerkschaften. Die Einstellung des zahlenmäßig überlegenden Angestelltenkreises der Christlich-Deutschen Gewerkschaften zu diesem Goerdeler-Plan ist die gleiche. Die Forderung auf Erchtigung von Ersatzstellen ist aus von dieser Seite schon früher erhoben worden. Eine ernsthafte Gegenwehr gegen den Goerdeler-Plan ist von diesen Gewerkschaften nicht zu erwarten.

Man muß, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen, von der grundsätzlichen gewerkschaftlichen Einstellung zur Sozialpolitik ausgehen. Es war seit jeher eine Forderung der freien Gewerkschaften, für die sozialen Einrichtungen verhältnismäßig selbständige aber staatlich unterstützte und haushälterische Schritte zu schaffen. Das, was der Goerdeler-Plan will, ist das gerade Gegenteil. Er bedeutet eine Rückwärtsorientierung in der deutschen Sozialversicherung. Die christlichen Gewerkschaften glauben an eine Nachverweigerung durch die Verkopplung mit der Arbeitslosenversicherung. Gewiß werden sich manche Unorganisierte, die es sonst unterlassen hätten, aus Rücksicht auf die materiellen Vorteile aus der Arbeitslosenversicherung den Gewerkschaften anschließen. Aber ob damit ein ideeller Gewinn für die Gewerkschaften verbunden ist, ist eine andere Frage. Bisher haben die freien Gewerkschaften Gewicht darauf gelegt, Arbeitskollegen zu gewinnen, die aus Lieberzeugung und Solidaritätsempfinden Mitglieder wurden. Der Geist der Gewerkschaften müßte unter dieser neuen Aufgabenstellung leiden. Wenn die Unternehmer auch weiterhin ihre Beiträge zu den Gewerkschaften übertragener Arbeitslosenversicherung zahlen sollen und der Staat Zuschüsse zu leisten hat, so ist sicher mit einer staatlichen Kontrolle der Gewerkschaften zu rechnen. Die Selbständigkeit und Kombinationsfreiheit der Gewerkschaften würde dadurch ebenfalls gefährdet werden. Die Gewerkschaften werden sich dann zu fragen haben, ob sie die Erhaltung einer autonomen Sonderbestimmungen, die eine Barie für manches Mitglied bedeuten oder aber die Einschränkung der Leistungen, die sich unter gewissen Umständen — in der Krise — ergeben können. Die Gewerkschaften werden dann zum Prügelknaben gemacht. Angriffe, die jetzt gegen den Staat gerichtet sind, treffen dann die Gewerkschaften. Auch das Solidaritätsempfinden innerhalb der Gesamtarbeiterorganisation würde Schaden nehmen. Da die Aufgliederung der Arbeitslosenversicherung auf die Gewerkschaften bewußt geschah, ist würde der Berufsgenossenschaft in erster Linie maßgebend sein. Die Abgliederung der Berufe untereinander dürfte dem Solidaritätsempfinden in der Arbeiterbewegung nicht förderlich sein. Weitere Schwierigkeiten ergäben sich aus dem gesamten Arbeitsgebiet der Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Berufsschulung. Der Arbeitsmarkt ist in beruflicher und räumlicher Hinsicht gerade für die nächste Zukunft sehr starken Erschütterungen ausgesetzt, die neue und schwer lösbare Probleme aufwerfen. Die Angestelltenverbände, die den Goerdeler-Plan freudig begrüßen, sind wesentlich besser daran. Sie haben in ihren Berufsverbänden mit einer gewissen Stabilität zu rechnen. Arbeitslosigkeit und Freilegung von Arbeitskräften heißt sich bei ihnen in gewissen Grenzen, sie ist nicht so bedauerlich wie beispielsweise im Baugewerbe. Der Anteil der Angestellten an der Arbeitslosigkeit ist verhältnismäßig geringer als der der Arbeiterkräfte. Die nächste Forderung würde dann sein, die Welttragstellung dem eigenen Bedarf anzupassen.

Es gibt eine Anzahl Länder in Europa, die ein ähnliches System der Arbeitslosenversicherung — wie es Goerdeler will — seit Jahren besitzen. In allen Ländern, die das „Gentel System“ der Arbeitslosenversicherung haben, herrschen dieselben Schwierigkeiten, denen auch die deutsche Arbeitslosenversicherung ausgesetzt ist. Das Bestreben in diesen Ländern geht dahin, dem Staat die Erwerbslosenversorgung zu übertragen, entsprechend der deutschen Arbeitslosenversicherung. Es ist also die umgekehrte Entwicklung — im Gegensatz zum Goerdeler-Plan — die sich in den anderen Ländern abspielt. Die mehrjährigen Erfahrungen in diesen Ländern sollten auch von uns bei einem solchen Vorhaben genügend gemüßelt werden. Goerdeler und die Verantwortlichen seines Planes suchen ein Landgesellschaft mit der organisierten deutschen Arbeiterkraft zu machen, das den Gewerkschaften eine zweifelhafte Nachverweigerung, Bedeutung und Sicherung gibt, auf der anderen Seite aber die Einrichtungen der Arbeitslosenversicherung in Frage stellt.

Bauarbeiterlöhne und „Bauweil“.

Die durch die Bauunternehmer inspirierte „Bauweil“ bringt eine Zusammenstellung über den durch die Werte Notverordnung bedingten Lohnabbau, der mit den Tatsachen stark auf dem Kriegspfeil steht. Der Lohnabbau greift, der auch die „Bauweil“ bebringt, kommt am freiesten zum Ausdruck in folgendem Satz: „Die Höchstgrenze des Lohnabbaus von 15 % ist im Baugewerbe nicht erreicht, wenn man von einigen Fällen abseht.“ Hier wird im ersten Satz die Behauptung aufgestellt und im zweiten Satz widerrufen. Man möchte nämlich

nicht völlig mit der Wahrheit Schuldlos freiben. Demgegenüber sei festgestellt, daß der Satz von 15 % Lohnabbau in 8 Lohngebieten bei den Maurern, in 8 Lohngebieten bei den Bauhilfsarbeitern und in 8 Lohngebieten bei den Tiefbauarbeitern (sogar abseits der Löhne) worden ist. In einem Lohngebiet sind die Hilfsarbeitern sogar über 16 % vom Lohn heruntergerufen worden. Doch hören wir einen weiteren Satz aus der „Bauweil“. Es heißt da: „Selbst bei dem Lohnstand von 10. Januar 1927 konnten die Löhne in großen Teilen des Baugewerbes nicht zurückgeführt werden.“ Dieser Satz ist nicht besonders weit abgefaßt, aber er soll bedeuten, daß nach den Bestimmungen der Notverordnung, die die Löhne auf den Stand von 10. Januar 1927 zurückzuführen sollten, in großen Teilen des Baugewerbes nicht zurückgeführt werden konnte. Das ist komplotter Schwinkel. Man hat im allgemeinen die Löhne nicht nur auf den Stand von 10. Januar 1927 zurückgeführt, man hat sogar in einigen Vertragsgebieten den Lohn für Maurer bis zu 7 % je Stunde unter den Stand von 1927 herabgesetzt. Der Bauhilfsarbeiter- und der Tiefbauarbeiterlohn ist in vielen Tarifgebieten sogar noch schlimmer gesenkt worden. Und wo man den Maurern bis zu 5 % über dem Lohn von 10. Januar 1927 gelassen hat, da ist dies durch Vereinbarung geschehen, also ohne irgendwelches Zutun des Schlichters. Eigentlich sollte dies alles der Mann, der diese Zeiten in der „Bauweil“ vortragen hat, wissen. Er mußte auch wissen, daß die im Januar 1927 geltenden Löhne eigentlich die Löhne waren, die im Jahre 1925 zwischen Mai und Oktober abgeschlossen wurden. Es geht also eine starke Portion Unverfrorenheit dazu, solche unwahren Dinge in die Welt zu setzen.

Man beliebt, in der „Bauweil“ die Statistik über wohnlichen Dirne zu machen. Man macht eine Statistik, aber die darin angegebenen Ziffern stimmen nicht. Sogar der Gesamtbruchteil des Lohnabbaus beträgt einen Pfennig mehr, als die „Bauweil“ herausrechnet. Der durch die Notverordnung verordnete Lohnabbau unter Zustimmung der Schlichter beträgt in 56 Lohngebieten für Maurer 10 bis 16 %, in 55 Lohngebieten für Hilfsarbeiter 10 bis 17 %, in 68 Lohngebieten für Tiefbauarbeiter 10 bis 16 %. In Pfennigen ausgedrückt, wurden den Maurern in Schleswig-Holstein die Stundenlöhne bis zu 20 % gesenkt, in Berlin den Hilfsarbeitern bis zu 18 % und den Tiefbauarbeitern bis zu 14 %. Diese nackten Zahlen dürfen beweisen, daß man mit den Bauarbeiterlöhnen wahrhaftig nicht zart umgegangen ist, und daß ein weiterer Lohnabbau ansehts der Schwere der Arbeit der Bauarbeitern nicht mehr zugemutet werden darf.

Zum Schluß verweist man in der „Bauweil“ auf „das Mißverhältnis zwischen den Löhnen der Bauarbeiter und den Löhnen der gesamten übrigen Industrie“. Dieses „Mißverhältnis“ dient ja bei allen Lohnverhandlungen als Stöckchenpferd. Aber auch hier wird ganz bewußt eine unzutreffende Behauptung in die Welt gesetzt! Wenn wir uns das Verhältnis der Bauarbeiterlöhne zu den Löhnen in der übrigen Industrie aus dem Jahre 1914 vor Augen halten, so ist dieses Verhältnis heute nicht mehr das damalige, sondern seit dem letzten Lohnabbau beständig der Maurer gegenüber den gesamten Arbeitern in anderen Industrien verhältnismäßig im Nachteil. Es muß um eine Sache nicht weit bestellt sein, wenn man sich solchen schlagenden Nachteil herbeiführt. Aber es gilt nun einmal, der Öffentlichkeit die Wünsche der Bauunternehmer nach weiterer Lohnabbau schmählich zu machen, und dabei kommt es auf eine Handvoll unwahrer Taten nicht an. Bereits im vorigen „Grundstein“ wiesen wir darauf hin, daß man in Unternehmerkreisen den Gedanken hegt, die Löhne der Bauarbeiter so weit zu senken, daß dabei eine Existenzmöglichkeit nicht mehr gegeben ist. So etwas aber ist den Bauunternehmern Hehaka. Der „Sinn“ dieser fortgesetzten sinnlosen Vorstöße der Unternehmer gegen die Löhne der Bauarbeiter verfaßt anscheinend auch den ökonomischen Lebenszweck, dadurch bei den Bauarbeitern eine Organisationsmöglichkeit hervorzuverursachen, um dann mit den Organisationsfähigsten beraubten Bauarbeitern ganz nach Willkür umspringen zu können. Das haben Sündig der Bauunternehmer mit brutaler Offenheit selbst zugegeben. Unsere Kollegen mögen daraus lernen. Seht euch mit allen zu Gebote stehenden Kräften für den Schutz eurer wirtschaftlichen Interessenvertretung ein!

Vom freiwilligen Arbeitsdienst.

Gegen den „freiwilligen Arbeitsdienst“ sprechen — das haben wir schon immer betont — nicht nur lobn- und tarifpolitische, sondern auch staatspolitische Gründe. Außerdem kommt die „zufällige“ Arbeit vielfach teuer, als wenn sie von selbst in der Wirtschaft zur Verfügung käme. Ferner dürfte es sich in den seltensten Fällen um „zufällige“ Arbeit handeln, sondern in fast allen Fällen um Arbeiten, die reguläre Bauarbeiten sind. Dadurch wird das Arbeitsfeld unserer Kollegen, die jetzt schon zu nur noch 10 % in Arbeit stehen, noch mehr verengt. Man spricht allerdings von der billigen Wirkung, die durch den freiwilligen Arbeitsdienst auf den Geist unserer Jugend eingebracht wird. Das hört sich recht nett an, aber wenn wir bedenken, daß von den etwa zwei Millionen jugendlicher Arbeitslose in Deutschland nur ein geringer Teil, etwa 12000, beim freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt werden, so ist das eine belanglose Bagatelle. Und vom freiwilligen Arbeitsdienst ist für unfreiwilligen Arbeitsdienstpflicht nur ein kleiner Schritt. Immer wieder muß hier gesagt werden: Wehrt den Anfang! Aus all diesen Gründen sind wir Gegner des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Jedoch darüber wollen wir uns heute im einzelnen nicht auslassen. Wir wollen uns nur mit den politischen Gründen beschäftigen, die gegen den freiwilligen Arbeitsdienst sprechen, zumal in dieser Richtung die „Deutsche Tiefbau-Zeitung“ einen dankenswerten Wink gegeben hat. Es ist wie bei der Nationalsozialistischen Partei, wo man allerhand abgefaßte Offiziere in militärische und jedenfalls gut bezahlte Stellen hineinshuffert, auch beim freiwilligen Arbeitsdienst. Da sind allerlei höhere Offiziere, deren Tätigkeitsgebiet seit dem Friedensschluß ganz bedenklich eingesenkt ist, die aber immerhin ihre militärischen „Kenntnisse“ auch im neuen Deutschland an den Mann bringen möchten. Bei dieser Redewendung denken wir selbstverständlich nicht an den Hauptkapitän K. B. D. Doch zur „Deutschen Tiefbau-Zeitung“. In diesem Blatte wird polemisiert gegen eine Behauptung des Vorsitzenden des Volksbunds für Arbeitsdienst, der gesagt hatte, „das

Tiefbaugewerbe sei bereits pleite“. Das Unternehmerblatt stellt nunmehr fest, daß der Vorsitzende dieser Organisation für freiwilligen Arbeitsdienst ein Generalmajor J. D. J. a u p l i s t ist. Es schreibt:

„Was veranlaßt Herrn General Jaupel, in dieser Tonart über die Existenzberechtigung eines Berufsstandes zu sprechen, dessen nicht unerhebliches Steuerertrögen wesentlich mit dazu beiträgt, den Pensionären unseres Staates monatlich ihre Renten zu sichern? Wenn wir den Berichten glauben wollen, die uns von dritter Seite zugegangen sind, so wird Herr General Jaupel zunächst unbewiesenermaßen vorgeworfen, daß er unter dem Deckmantel der Organisation des freiwilligen Arbeitsdienstes, der baldigt der Arbeitsdienstpflicht weichen möchte, etwas zu betreiben beabsichtigt, nämlich sich ein „Beschäftigungsfeld“ zu schaffen, auf dem er, der wohl kürzlich erst aus Südamerika nach Deutschland zurückgekehrt ist, sich sehr zu Hause fühlt.“

Wir sehen, wenn es sich um den Profit handelt, daß dann auch eine Unerbarmlichkeit zu Tage tritt, die kräftigst werden kann. Die „Deutsche Tiefbau-Zeitung“ plaudert gemüßelt aus der Schule, obwohl die Materie dieser Zeitung politisch ungefähr gleichen Sinnes sind wie der angegebene Generalmajor Jaupel. Immerhin sind solche Erörterungen interessant. Machen wir einen Vergleich:

In der sogenannten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die von Hohenzollernprinzen, von Adligen aller Grade, von Schwerindustrialen und Großagrariern posiert wird, fungiert unter anderem ein „Stabschef“ der illegalen SA-Truppe der in Südamerika abgeheftete Hauptmann Adm. Möglich, daß der Mann auch ein persönliches Interesse treibt, unter Männern zu sein. Doch das gehört nicht hierher. Wir stellen fest, daß beim „freiwilligen Arbeitsdienst“ eben falls ein in Südamerika überflüssig gewordenen Offizier in Amt und Würden steht. Solche Beispiele bedauern auch, welche Wege gewisse Kräfte einzuschlagen gedenken, um die Jugend in jeder Weise mit ihrer rückfälligen politischen Anschauung zu durchdrücken und sie dafür zu gewinnen. Und solche Versuchungen können uns in unserer Abneigung gegen den freiwilligen Arbeitsdienst nur bestärken!

Lehrlingsbestand im Jahre 1930.

Durch den Deutschen Handwerks- und Gewerbebauernrat ist mit Hilfe der Handwerks- und Gewerbebauern am 31. Dezember 1930 eine Erhebung über den Bestand der Lehrlingshaltung durchgeführt worden (Bericht vom 1. Januar 1931). Danach gab es Ende 1930 insgesamt 66 420 Maurerlehrlinge, von denen 41 294 bei Innungsmittgliedern beschäftigt waren. Für die übrigen Bauberufe sind die Zahlen folgende: Dachdecker 4780 Lehrlinge, davon 3433 bei Innungsmittgliedern; Stuckateure 2221 (750); Glaser 3172 (2127); Plattenleger 148 (13); Zöpfer 3976 (2668); Brunnenbauer 219 (124).

Wir fügen als Ergänzung unsere Zahlen hinzu: Am 8. Dezember 1930 waren von den durch die Organisationszählung erfaßten Lehrlingen 8565 arbeitslos; am 7. Dezember 1931 waren es 11 870 und am 15. Februar 1932 sogar 14 289 Lehrlinge! Die Zahl der Lehrlinge im Baugewerbe ist seit 1930 allerdings stark zurückgegangen. Wozumehr sind die jungen Menschen heute zu etwa zwei Dritteln arbeitslos. Wer mag es, unter solchen Umständen seinen Jungen in die baugewerbliche Lehre zu bringen?

Aus dem Saargebiet.

Wo die nationale Prose blüht, dort ist es in der Regel mit der nationalen Würde und der Liebe zum Vaterland nicht weit her. Das beweist uns unter anderem auch der Hitlerismus. Hitler hat mit Freuden auf Südtirol verzichtet, und die anderen Mannen von der „nationalen Front“, die sogenannten Deutschnationalen, waren einst mit Vergnügen bereit, das Saargebiet verpacken zu lassen, wenn dadurch die Wiederaufrichtung Deutschlands ermöglicht werden könne. „National“ sind auch die Bauunternehmer im Saargebiet. Bei fast allen Lohnverhandlungen verlicherten sie bisher mit der Miene nationaler Wiedermänner ihre freundeutsche Ergebenheit. Diese war aber auch die Begründung für ihre unerhörten Lohnabbauarbeiten. Diese urteilenden Mannen wollen freudig mit sein und bleiben. Aber lohn- und sozialpolitisch stehen sie mit dem Unrecht am äußersten gespannten Fuß; sie sind bis ins kleinste Detail undaufrichtig, dafür aber um so mehr francoisfreundlich. Das letztere sind sie nicht, um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und um die Verständigungsbede dieser beiden Völker zu fördern, sondern lediglich des belligen Profitens wegen. Da preisen diese Herren Frankreich, vor allem — wie es Spindikus Dr. Werle getan hat — die dort vorhandene „individualistische“ Wirtschaft. Sie stellen sie in demselben Gegensatz zu Deutschlands „kollektivistischer“ Wirtschaft und beteuern lebhaft, das bedeute den Niedergang und den Ruin Deutschlands. Tarifverträge, Allgemeinverbindlichkeit, Betriebsratsgesetz, Arbeitsgerichtsregel und Sozialgesetzgebung sind nach Dr. Werle Kennzeichen der kollektivistischen Wirtschaft. Das ist zwar Unfähr, aber der Mann hat Nationalökonomie studiert, folglich muß es wahr sein.

Das Ideal aller Bauunternehmer im Saargebiet sind die Bauarbeiterlöhne im Nachbargebiet Frankreich; dort kennt man weder eine tarifliche Regelung noch sonst welche Festsetzungen der Arbeitsrechte der Bauarbeiter. Die Kommunisten haben in Frankreich gränbliche Arbeit verrichtet, sie haben die freien Gewerkschaften derart geschwächt, daß heute alles gefahren ist und die Bauarbeiter fast vollständig indifferent dahindämmern. Auf diese Weise bietet sich keine Möglichkeit für sie, die Konjunktur auszunutzen. Und nun berufen sich die Bauunternehmer an der Saar auf die Zustände in Frankreich und erklären, wenn dort die Bauarbeiter mit niedrigeren Löhnen auskommen können, so müsse dies auch den Bauarbeitern im Saargebiet möglich sein. So ist Frankreich das Ideal aller Bauunternehmer im Saargebiet. Zugleich bietet aber die Lage in Frankreich den besten Beweis dafür, was den Arbeitern erblickt, wenn sie organisationslos sind. In Frankreich ist Geld vorhanden, dort herrscht eine verhältnismäßig gute Baukonjunktur; trotzdem spielen die französischen Bauunternehmer die Bauarbeiter mit Hungerlöhnen ab, so daß in ihren Familien die Not ständiger Daft ist. Die Voraussetzungen, die Lage der Bauarbeiter in Frankreich zu verbessern, sind gegeben, aber es fehlt ihnen die Waffe der

Organisation, um ihnen die Wege für wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt zu eröffnen. Jeder Bauarbeiter sollte aus diesem Beispiel die notwendigen Schlüsse ziehen.

Die Bauunternehmer an der Saar sind erstklassige Scharfmacher. Alle mit ihnen gepfundenen Verhandlungen, um zu einer Neuregelung der Bauarbeiterlöhne zu kommen, sind bisher gescheitert. Es gibt jetzt keine tarifliche Lohnregelung und überhaupt keinen Tarifvertrag mehr. Ueber ein Verfallsjahr hatten wir im Saargebiet tariflich geregelte Verhältnisse, heute herrscht ein wilder Zustand. Die Unternehmer lehnen jede weitere Verhandlung ab und diskutieren aus dem Saargebiet 15 % Lohnanbahn. Wenn unsere Kollegen im Saargebiet Lohn, Tarif- und sozialpolitisch nicht hinter den Kollegen im Reich zurückbleiben wollen, dann bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich ihr Recht zu erkämpfen! Frankreich und auch das Saargebiet zeigen, daß das Unternehmertum freiwillig nicht herausgibt. Es erhöht auch nicht die Löhne, wenn es das könnte; das beweisen die Zustände in Frankreich.

Unsere Aufgabe muß sein, bei Beginn der Arbeit auf allen Baustellen die Organisation fest zu fundamentieren. Erst dann sind die notwendigen Voraussetzungen da, um den reaktionären Bauunternehmern an der Saar die Rechte der deutschen Bauarbeiter und Gewerkschaftskollegen abzutrotzen. Organisiert euch! Das ist es, was wir unseren Kollegen immer wieder zurufen müssen.

Aus der Praxis der Arbeitslosenkurse.

In Trepça im Bezirk Raška veranstaltete das Arbeitsamt in Verbindung mit dem Baugewerksbund einen vierzehntägigen Kursus für erwerbsfähige junge Kollegen im Alter von 18 bis 24 Jahren. Insgesamt hatten wir 50 Teilnehmer, darunter einige Wehrlinge. Zum Teil kamen Kursteilnehmer aus Orten, die 14 Kilometer von Trepça entfernt liegen. Die Kollegen aus der Umgebung Trepças waren überhaupt sehr stark an dem Kursus beteiligt. In drei Vormittagen der Woche wurde in einem von der Stadt zur Verfügung gestellten Raum gearbeitet, dreimal waren wir in der Berufsschule. Besprochen wurden: Lagepläne, baupolizeiliche Vorschriften, Erdberednungen, Bodenarten, einfache statische Berechnungen. Außerdem wurde gezeichnet und gezeichnet. An den Nachmittagen waren Vorträge und Ausreden über die Sozialversicherung, die Höhe des Berufsausbildungsgehalts und die Berufsberatung. Mittags gab es ein einfaches Mahl; es sollte nicht nur die Weisheit, sondern auch etwa Nachhaffes „geliefert“ werden, wie vom Vorhinein das Arbeitsamt bei einer Anfrage gesagt wurde.

Helmuth Reust.

In Dresden war ein Kursus für arbeitslose junge Bauarbeiter eingerichtet worden, der der Berufsbildung dienete. Von unseren 37 Kursteilnehmern erlitten noch fünf Arbeitslosenunterstützung, sechs waren in der Krise. 19 waren auf Mittel der Wohlfahrtsvereine angewiesen, der Rest bekam überhaupt keine Unterstützung. Diese Tatsache und der Verlauf des Kursums veranlassen uns, auszusprechen: Das Gebot der Stunde ist, sich durch solche Veranstaltungen der Altersfrist von 18 bis 25 Jahren anzunehmen. Diese Kollegen sind fast reiflos aus der Arbeit, sie haben auch keine Aussicht, bald wieder Arbeit zu erhalten. Eine planvolle Zusammenfassung zu Kursen berufsbildender Art ist darum empfehlenswert. Der Kursus dauerte vier Wochen. Die Teilnehmer waren in jeder Woche an drei Tagen je drei Stunden zusammen. Aus den Mitteln der Baugewerkschaftskasse erliefen sie Mittagessen.

H. Schömann.

In Fürstentum habe ich mich im Vorjahre auch in diesem Jahre Kurse für arbeitslose junge Kollegen eingerichtet. Der jährliche Kursus für Bauarbeiter umfaßt 25 Maurer und 16 Zimmerer. Diesmal wird nicht modelliert, sondern mit Steinen im Normalformat gemauert. Das ist für die Ausbildung besser. Da die Steine mit Lehm vermauert werden, können die errichteten Mauerelemente leicht wieder abgerissen werden. Das Material läßt sich erneut verwenden.

den. Wir wechseln ab mit theoretischem und praktischem Unterricht, je vier Stunden täglich. Bei genügender Beteiligung soll ein Kursus für Fortgeschrittene für die Dauer von acht Wochen (je zwölf Stunden wöchentlich) eingerichtet werden.

Erich Puschmann.

Nach unseren Feststellungen sind 1931 im Reich durch die Arbeitsämter in Verbindung mit dem Bund oder durch den Bund allein 150 Kurse durchgeführt worden. Beteiligt waren hieran 1924 Kollegen unter und 1877 über 18 Jahre. In den ersten Monaten dieses Jahres sind bereits wieder viele Kurse in Angriff genommen. Besser wäre, wenn wir nicht möglich erspähen könnten, die Einrichtung der Kurse und fördern sie! Kollegen! Euch geht überall für die Durchführung von Kursen ein!

Die Schriftleitung.

Die Garantie des Zeitlohnes bei Akkordarbeiten.

In der Ziffer 3 der Vereinbarung über Akkordarbeit zum 22.9. für Hoch-, Beton- und Tiefbauten heißt der erste Satz:

„Bei Akkordarbeit sind die tariflichen Zeitlöhne zu garantieren und an den festgesetzten Zahltagen auszusahlen.“

Diesem ganz klaren Wortlaut hat ein Richter an einem rheinischen Arbeitsgericht anscheinend nicht verstanden und ihm daher in einem Teil seiner Urteilsfindung eine Auslegung gegeben, der wir widersprechen müssen und die wir deswegen bis vor die höchste Instanz der Arbeitsgerichte bringen müssen, wenn nicht aus einem anderen Grunde die Möglichkeit dazu verlagert wäre.

In dem Bereich des betreffenden Arbeitsgerichts hat ein Tiefbauunternehmer Akkordarbeiten ausgeführt. Die Arbeiter wurden zu einem von dem Unternehmer festgesetzten Akkordlohn bezahlt. Bei diesem Akkordlohn sind nun ansehnlich die meisten Arbeiter nicht auf den Lohn gekommen, der im Bezugsstarbvertrag als Stundenlohn vorgegeben ist. In einem früheren Prozeß hat sich der Unternehmer demgegenüber erklärt, an vier unserer Mitglieder. Ob es nun dieser Vorgang war, oder ob der Obergericht bei anderen Arbeitern aus eigenem Empfinden und Versehen entstanden ist — auch diese, die sich erst bei der Ausführung der Arbeiten unserem Bunde angeschlossen hatten, forderten nunmehr den tariflich festgesetzten Stundenlohn. Als der Unternehmer freiwillig nicht zahlte, klagten sie vor dem Arbeitsgericht. Mit der Klage wurden sie abgewiesen aus folgenden Gründen: 1. Legte das Arbeitsgericht die Ziffer 3 der Vereinbarung über Akkordarbeit, daß es den Klägern möglich gewesen wäre, den festgesetzten Zeitlohn zu verdienen, wenn sie ebenso fleißig gewesen wären als andere, die mehr als diesen Zeitlohn bei der gleichen Arbeit verdient haben; 2. weil die Kläger bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine sogenannte „Ausschleichung“ unterschrieben haben. In dieser Ausschleichung steht, daß sie keinerlei Forderungen mehr an den Unternehmer haben. Daraus folgert das Arbeitsgericht, daß sie sich damit des Rechts auf Forderung des Tariflohnes begeben hätten, weil die Ausschleichung eine nachdrückliche Abkündigung des Tariflohnes bedeute. Da das Reichsarbeitsgericht mehrfach in seiner Rechtsprechung eine solche nachträgliche Abkündigung des Tariflohnes als zulässig und rechtsverbindlich erklärt habe, sei besonders aus diesem Grunde die Klage abzuweisen.

Es ist richtig, daß das Arbeitsgericht mit den unter 2 genannten Gründen der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts folgt. Hätten die Kläger einen Geschäftsführer von vornherein bestellt, sie hätten eine solche Ausschleichung unterschrieben, dann hätte dieser von der Erhebung der Klage absehen müssen. Das Verschweigen dieser Tatsache durch die Kläger hat nun dazu geführt, dem Arbeitsgericht Gelegenheit zu geben, die bereits genannte Ziffer 3 falsch auszulegen. Wir hätten uns hier ein Eingehen auf dieses Urteil erlauben können, wenn nicht die „Deutsche Tiefbauzeitung“ in ihrer Nr. 6 das Urteil abgedruckt, die Begründung aber nur in dem Teil, den wir hier unter Satz 1 nennen, gebracht hätte. Wir brauchen nicht besonders hervorzuheben, daß wir die Auslegung, die das Arbeitsgericht in diesem Falle der Vereinbarung über Akkordarbeit gegeben hat, nicht anerkennen. Wir behalten uns vor, im gegebenen Falle die Sache durchzusetzen.

Begründung aber nur in dem Teil, den wir hier unter Satz 1 nennen, gebracht hätte. Wir brauchen nicht besonders hervorzuheben, daß wir die Auslegung, die das Arbeitsgericht in diesem Falle der Vereinbarung über Akkordarbeit gegeben hat, nicht anerkennen. Wir behalten uns vor, im gegebenen Falle die Sache durchzusetzen.

Aus der deutschen Zementindustrie.

Nach langen und schwierigen Verhandlungen ist es jetzt zwischen den Zementverbänden zu einer gewissen Einigung gekommen; allerdings weiß man noch nicht, wie lange sie halten wird. Bekanntlich waren im Westdeutschen Zementverband Differenzen ausgebrochen, die beinahe zur Auflösung des Kartells geführt hätten und nur mit größter Mühe überbrückt werden konnten. Schließlich ist es zur Verlängerung der Vereinbarungen gekommen.

Wie jetzt bekannt wird, hat auch der Ostdeutsche Zementverband eine Verständigung über die Aufstellung des Absatzgebietes mit dem Westdeutschen Verband erzielt. Diese Verständigung wurde erreicht auf Kosten der Außenleiter, die jetzt im Bereiche des Westdeutschen Zementverbandes tätig ausgeschaltet sind. Bei den vorjährigen Verhandlungen über die Erneuerung des Syndikats war von den Mitgliedsunternehmen die Bedingung gestellt worden, daß kein Außenleiter mehr vorhanden sein dürfe. Nach längeren, sehr schwierigen Verhandlungen mit den Außenleitern ist es dann auch gelungen, diese zum Beitritt zu bewegen. Die Konkurrenz, die bei der Verschlechterung der Wirtschaftslage den Syndikatsmitgliedern gefährlich zu werden drohte, ist damit ausgeschaltet. Noch keine Einigung ist bisher erzielt worden über die Quotenfrage, die den Verbänden noch einige Konfliktschmerz verursachen wird, da der Zementabsatz bekanntlich ganz erheblich zurückgegangen ist.

Nach der Veröffentlichung des Ostdeutschen Zementverbandes ist der Zementabsatz im Jahre 1931 auf 3,7 Millionen Tonnen gesunken. Wenn man berücksichtigt, daß im Jahre 1930 rund 5,5 Millionen Tonnen und im Jahre 1929 rund 7 Millionen Tonnen abgesetzt wurden, dann läßt sich daran ersehen, welche Absatzschwierigkeiten das Absetzen der Baugewerkschaft nach sich gezogen hat. Die Leistungsfähigkeit der Zementindustrie wird heute nur noch zu 30 % ausgenutzt. Der Rückgang des Zementumsatzes im Jahre 1931 um 33 % gegen 1930 und um 47 % gegen 1929 hat die Lage so verschärft, daß die Zementverbände mit den bisherigen Methoden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht beheben können. Sie werden sich zu einer wesentlichen Lockerung der strengen Kartellbestimmungen entschließen müssen, und vor allem eine erhebliche Preisreduzierung durchzuführen haben.

Der Absatzrückgang ist im Jahre 1931 bedeutend zurückgegangen. Während im Januar noch rund 482 000 Doppelzentner ausgeführt wurden, stellte sich die Zufuhr im Dezember nur noch auf 301 000 Doppelzentner. Da sich auf dem holländischen Markt neuerdings durch das englische Valutabumping der Konkurrenzkampf außerordentlich verschärft hat, ist damit zu rechnen, daß die Zufuhr in diesem Jahre noch mehr zurückgeht. Insgesamt wurden im Jahre 1931 rund 5,7 Millionen Doppelzentner ausgeführt gegen 9,5 Millionen im Jahre 1930. Der Rückgang beträgt rund 3,8 Millionen Doppelzentner. Im einzelnen umschloß sich der Zementausfuhrhandel wie folgt (in Doppelzentner):

Table with 4 columns: Year, Einfuhr, Ausfuhr, Ausfuhrüberschuss. Rows for 1929, 1930, 1931.

Wie diese Zahlen zeigen, hat sich der Zementausfuhrhandel sehr ungünstig entwickelt. Die internationale Krise wirkt sich so in einer Weise aus, daß sich der Konkurrenzkampf immer mehr verschärft und die Arbeiterchaft aller Länder darunter zu leiden hat.

Wegen der Osterstage wird sich der Versand der Nummer 14 des „Grundstein“ nach manchen Empfangsorten hin etwas verzögern. Wir bitten dies zu beachten.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 29. Februar 1932.

Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos

Large table with columns for regional associations (Bezirksverband) and various worker categories (Maurer, Zimmerer, etc.), showing employment and unemployment statistics for 1931 and 1932.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Gegenüber dem vorhergehenden Berichtsmonat haben wir im Reichsdurchschnitt eine Zunahme von 87,98 % auf 90,24 %. Ende Februar 1931 betrug der Reichsdurchschnitt 76,03 %. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres haben wir also noch eine um 14,21 % höhere Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit stieg in den Bezirksverbänden Königsberg von 93,4 auf 95,4 %, Steffin von 88,1 auf 88,8 %, Breslau von 80,1 auf 82,9 %, Magdeburg von 83,5 auf 87,6 %, Erfurt



Unterhaltung und Wissen



Tragikomik auf dem Friedhof.

Draußen im Feld an der Somme.
„Landsturmann Baumann!“
„Herr Feldwebel!“
„Sie übernehmen von morgen früh an das Kommando auf dem Friedhof in T. Sie bekommen noch zwei Mann dazu und haben alle vorkommenden Arbeiten sowie die Beerdigungen auf dem Friedhof zu erledigen.“
„In Befehl, Herr Feldwebel!“
„Meine Freude war groß. Endlich einmal ein Ordnungsbeamter! In jenem Dorf lag kein Militär; es war völlig verlassen und weit entfernt von der Front. Darum machte ich ein vernünftiges Gesicht. Das fiel unserem lieben eintreffenden Kompanieführer auf: „Nanu, warum freuen Sie sich denn so?“ Prompt antwortete ich im Berliner Dialekt: „Ja bin jetzt Kirchhofsin-spekter leworn, Herr Leutnant; def is der enzige Beruf, den ich noch nicht er-litten habe.“

„Na, Sie scheinen sich ja ganz gut dazu zu eignen“, be-türnte mich ebenfalls der Leutnant.
Am nächsten Morgen trabte ich mit meinen beiden Kameraden los. Das waren zwei Elässer, die mit der deutschen Schriftsprache noch mehr auf dem Kriegsfuß standen als ich. Unser Dorf war völlig menschenleer. Das schönste Haus requirierten wir als unser Quartier. Und wie ich vermutet hatte, begann nunmehr ein herrliches Leben. Meine eigentliche Beschäftigung bestand nur darin, Spitzkreuze zu bemalen, während meine beiden Kameraden beinahe gar nichts zu tun hatten. Wenn einmal dicke Luft war, dann bezogen wir die Totengruft der katholischen Geistlichen als Unterkammer. So verließ unser Dasein in diesem Dorfe recht idyllisch.

Einnmal wurde unsere Ruhe aber dennoch unterbrochen. Wir erhielten Befehl, ein Grab auszuheben. Jemandem höheres Wesen sollte mit allen militärischen Ehren begraben werden. Da war ich in meinem Element. Ich wollte denen mal zeigen, daß ich ein Berliner auch als „Kirchhofsin-spekter“ sehr gut bewähren kann. Allerdings, der Friedhof war bereits „belegt“, nur in einer Ecke war noch ein Plätzchen frei. Aber das befand sich lauter aufgeschüttetem Friedboden. Dahin ließ ich kein Loch buddeln, da bräuheltes alles durcheinander. Aber wozu war man denn Banarbeitler? Ich suchte genügend Bretter zusammen und schalte das Loch ein. Ich berechnete, daß ein Sarg ge-wöhnlich 70 bis 80 Zentimeter breit ist. Vorsichtshalber machte ich deshalb das Loch 90 Zentimeter breit und 2 Meter lang. Dann legten wir Tafe und Leinwandflücher ordnungsgemäß hin und sahen den kommenden Dingen getrost entgegen.

Um 10 Uhr hörten wir das Schmettern der Musik der Militärkapelle. Ich begab mich zum Friedhofseingang, um den Trauerzug zu empfangen. Voran eine starke Militär-kapelle, dahinter der Pfarrer, dann eine große Anzahl Offiziere und viele Muskofen.

Alles sehr feierlich. Aber als ich den Sarg sah, rutschte mir das Herz bis in die Kniekehlen. Der war ja mindestens einen Meter breit! Was nützen da meine 90 Zentimeter! Doch ich befehle meine Ruhe und geleitete den Sarg bis zur Gruft. Die Musik schwieg. Der Sarg wurde auf die mit Wollen belegte Deckung gesetzt.

Von den Begleitmannschaften mußte noch ein Mann helfen. Ich übernahm das Kommando und kommandierte: „Hoch!“ Sofort fing die Musik zu spielen an. Die Wollen wurden weggezogen und nun stellten wir den Sarg wieder



Der eine Elässer rief mir ganz entsetzt zu: „Du, der willst ni ein!“ hin, wie er stehen gestanden hatte. Sofort verfluchte die Musik. Der eine Elässer rief mir ganz entsetzt zu: „Du, der willst ni ein!“ In meiner Verzweiflung raunte ich ihm zu: „Halt doch deine Schnauze, def sch ich ja ooch!“ Alles starrt auf den „Friedhofsin-spekter“. Ich mußte mir keinen Anstand an meiner Verzweiflung kommandierte ich nochmals: „Hoch!“ Und wieder spielte die Musik. Aber wieder lag der Sarg fest. Und wieder verfluchte die Musik. Ich geriet in Verzweiflung. Die mich umgebenden leid-tragenden Muskofen weinten und grinsten. Der Pfarrer aber wurde sichtlich ungemüht. Da faßte ich den heroischen Entschluß, zu ihm zu gehen, um ihm zu sagen, die Beerdigung

Des Arbeitslosen Ostern.

Die Glocken läuten, sie künden
Das frohe Osterfest,
An Leberstunde gebricht,
Und zwitschernd Vögel bauen
Ihr luftiges Frühlingsnest;
Die Knospen quellen und schwellen
Und formen frisches Grün,
Beliebt der Hauch des Lenzes
Zieht über die Lande dahin!

Doch für den Arbeitslosen
Gilt Osterfreude nicht,
Weil es ihm am Urquell der Freude
An Lebensfreude gebricht;
Seit langer Zeit waren Sorge
Und Hunger bei ihm zu Gast —
So wurde ihm das Leben
Verhaßt und zur drückenden Last!

Von Woche zu Woche ein Harren
Auf Arbeit, auf Lohn und Brot —
So hielt ihn das Schicksal zum Narren,
So zerrte die grinsende Not
Ihn durch die Gosse des Elends,
Durch Kot, durch Sturm und Schnee,
Erfüllte sein Herz mit Verzweiflung,
Mit Haß und bitterm Wehl!

Und nun statt der Osterfreude
Noch immer Hunger und Leid,
Noch immer keine Arbeit,
Noch immer Elendszeit —
Das ist für die Arbeitslosen
Das Fazit vom Osterfest:
Den Reichen volle Schüsseln,
Den Armen der kärgliche Rest!

Geduld! Wir werden erstreben,
Daß allen ein Osterfest,
Daß allen ein lebenswert Leben,
Daß allen ein warmes Nest,
Daß allen Lenz und Liebe
Und Freiheit bescheret sei,
Daß allen Volk erblühe
Ein sonniger Lebensmahl!

Wir wollen die Auferstehung
Der Menschheit aus Nacht und Not!
Wir wollen, daß allen leuchte
Ein strahlendes Frühlingsrot!
Frisch auf, mein Volk, erwache!
Zum Kampf für Freiheit und Licht!
Du brauchst ja nur zu wollen —
Und deine Kette bricht!



müsse später stattfinden. Aber auf meinem Wege zum Pfarrer sah ich mir den Sarg von der Seite an und ent-deckte, daß er nur 60 bis 70 Zentimeter hoch sei. Donner-wetter, den kriegte doch hochkant rin ins Loch!
Sofort drehe ich wieder um und setze meinen Elässern den neuen Plan auseinander. Eine Verflüchtigung schreite jedoch an unserm heitersten Sprachgenießer. Ich aber glaube, sie hätten mich verstanden und wieder kommandierte ich: „Hoch!“ Als ich dann kommandierte: „Los!“ sollten eigentlich nur zwei auf einer Seite loslassen, um den Sarg zu kippen und auf diese Weise zu senken. Aber wieder liegen alle vier los und nun lag der Sarg wieder oben fest. Die Musik machte selbstverständlich in der vorgeschriebenen Weise wieder mit.

Jetzt ging ich aufs Ganze. Es war aber auch die höchste Zeit. Ich holte mir drei Mann von den Muskofen hinzu und instruierte sie aufs genaueste. Sie sollten den Sarg frei hochheben, und wenn ich dann kommandierte: „Los!“, dann sollten nur die Leute auf der einen Seite loslassen, daß der Sarg auf hochkant in die Gruft rutschen konnte...

Wiesmal klappte die Sache wunderbar. Nun endlich konnte auch die Musik ihr Stück zu Ende spielen. Keiner aber war froher als ich. Schnell reichte ich dem Pfarrer die Schippe mit Sand, damit er davon dem Toten Spenden könne. Von da ab verlief alles in vorgefertigter Harmonie.

Zweifellos hatte ich mit meinem Einfall den Beweis erbracht, auch unter schwierigsten Umständen als Kirchhofsin-spekter meine Pflicht erfüllen zu können. Gut war es aber doch, daß der Friedhof nunmehr für weitere Leichen-begräbnisse keinen Raum mehr bot. Ich hatte nämlich keine Sehnsucht mehr nach einer weiteren Beerdigung. m. s. u. m.

Krise vor 75 Jahren.

Vor fast genau 75 Jahren wurde die Welt zum ersten Male von einer ungeheuren kapitalistischen Krise erschüttert. Und wenn wir die Erscheinungen jener Krise mit denen von heute vergleichen, dann finden wir, daß sie im Wesen die gleichen sind. Der Privatkapitalismus wird von einer innerlich immer gleichen n Gesetzmäßigkeit getrieben. Und wir sehen heute wie vor 75 Jahren, daß nur ein sozialer und internationaler Gedanke eine Überwindung dieser Erschütterungen bringen kann.

Wir würden Vergleiche zwischen der Krise von heute und der vor 75 Jahren nicht genau ziehen können, wenn nicht ein begabter Nationalökonom jener Zeit, Dr. Albert Schäffle, in einer Schrift des Jahres 1857 beschrieben hätte. Manche Stellen dieser Schrift lesen sich so, als seien sie von einem Volkswirtschaftler unserer Tage geschrieben worden.

Damals waren es genau wie heute die Schilde-ri-änder, in denen die Krise begann. Nur war damals Amerika der Schuldner der Welt und nicht wie heute

Europa. Aber auch damals war es wie heute: die Krise sprang über von den Schuldnern auf die Gläubiger-länder. Vor der Krise war damals kein Land gesichert, und schon damals hatte die Stabilisierung der Wirtschaft in einer internationalen Zusammenarbeit ihre Voraus-setzung. Und auch damals wurde wie heute Frankreich — als das Land mit dem unbedeutendsten auswärtigen Handel — am wenigsten von der Krise betroffen.

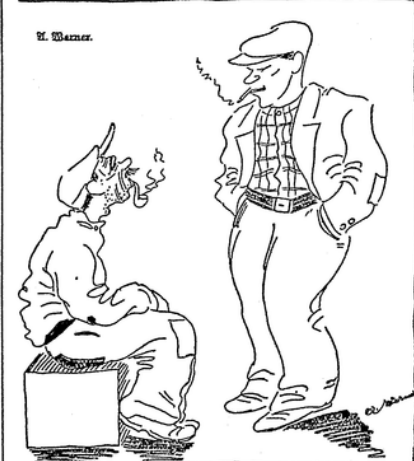
Damals wie heute wurde auch als eine der Krisen-ursachen die extreme Technisierung und Rationalisierung bezeichnet. Die „Errungenschaften der mechanischen Technik“ — wie Schäffle sich ausdrückte — förderten auch jene Krise. Und damals wie heute litt die Welt an einem mangelhaften Absatz des internationalen Gedankens. Da-mals wie heute beherrschte eine einseitige kapitalistische Profitgier die Welt. Deshalb sind aber auch der Menschheitsgedanke wie der soziale Gedanke nicht Ideen von Utopisten und weltfremden Moralisten. Diese Ideen und ihre Verwirklichung gehören eben zum gesunden Aus-bau der Wirtschaft der Welt. Sie erst bilden das Funda-ment eines harmonischen Zusammenlebens der Menschen, das allgemeinen Wohlstand verbürgt und Krisen ausschaltet.

Allerdings ging die Weltkrise damals schneller vorbei als heute. Nur einige Monate nach ihrem tiefsten Stande, und die Länder hatten sich aus der Krise herausgearbeitet. Es folgte ein Wirtschaftsaufstieg. Aber auch er war nur vorübergehend. Dann kamen neue Krisen. Und so ging es bis auf den heutigen Tag.

Soll es so weitergehen? Der soziale Gedanke, bisher nur zu sehr außerhalb der Wirtschaft stehend, aber von den schaffenden Menschen als Forderung vertretend, ist mehr als eine sittliche Forderung. Er ist die Voraussetzung für ein gedeihliches Leben der Völker. Die soziale, ethische Ge-staltung der Wirtschaft gehört zum Wesen des Lebens einer gesunden Volks- und Weltwirtschaft. Deshalb ist es unsere Aufgabe, diese Forderung durch die Wucht unserer Organisationen mehr und mehr zu verwirklichen. Internationale Verständigung und soziales Recht! Freie Völker und in den Völkern freie Menschen! Dieser ethische Gedanke der neuen Wirtschaft der Welt, wie die Arbeiterbewegung ihn seit Jahrzehnten vertritt, wird bei seiner Verwirklichung das Elend bannen und alle Krisen verhindern!

Glaubt darum an euch selbst und euren großen Ge-danken! In der Bewegung der Schaffenden liegt der Wesenskern des neuen Glücks. Die Welt muß international und sozialistisch werden! Das ist eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Notwendigkeit.

Das werden wir erzwingen allen Feinden zum Trost!



„16 000 Meter ist der Piccard damals in die Höhe ge-gangen!“
„Weißt, als ich meine Arbeitslosen-Unterstützung ge-kürzt kriegte, bin ich ohne Ballon noch viel höher gegangen!“

Rabieschen! Neben den selbstverständlich trübseligen, deutschen Eichenlaub-Zigaretten „Walla“, „Sturm“ und „Neue Front“ und den Hakenkreuz-Schokoladen „Ins dritte Reich“ und „Deutschland erwache“ — halbbitter! — wird demnach auch das Hakenkreuz-Rabieschen auf dem deutschen Markt erscheinen. Jedenfalls hat, wie der „Volkswille“ in Hannover berichtet, in Dr. Meide ein Nazimann damit den Anfang gemacht. In seinem kleinen Garten pflanzte er innerlich eines Blumenkranzes ein Hakenkreuz aus Rabieschen. Die Freude und der Stolz des Gärtners über dieses erste wirkliche Stückchen des Dritten Reiches ist natürlich groß. „u.“

Räufelstiftung.
Im „Grundstein“ Nr. 10 stand folgende Preistrage: „Wer hier müssen die baugewerblichen Ebnen stehen, um der Allgemeinverbindlicherklärung durch den Reichs-arbeitsminister als würdig erachtet zu werden?“
Antwort: Bis der letzte Banarbeitler von der Zah-lung der Arbeitssteuer — fälligerweise nennt man das Einkommensteuer — befreit ist. m. Schulz, Brandenburg.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauphilfs- und Tischbauarbeiter: Gestern sind die Arbeiter des Unternehmers Schauer, Niederbissau (Wiesbeck), Baustelle Osthof bei Wiesbeck bei Reinsfeld wegen unerwünschten Lohnabwärtens, und die Arbeiter der Firma Wiesbeck in Norden wegen Tarifstreiks.

Löpfer Gestern sind in Crimmitschau die Firma Seigler, in Hohenstein-Ernstthal Cugat Wolf, in Zschitz die Dienstgeschäfte Cugat Neumann, Cugat Sönke und Widme.

Memel. Die Maurer stehen im Abwehrstreik. Kein Bauarbeiter darf nach Memel gehen!

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Das Abschlagsmaterial für das erste Vierteljahr ist am 17. Januar an die Vorsitzenden der Baugewerkschaften versandt worden. Baugewerkschaften, die es nicht erhalten haben, müssen es umgehend bei der Bundeskasse anfordern. — Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß Beiträge die der Baugewerkschaften für Kalender, Buchhüllen, Bundesnadeln, „Zaumer“, Einbände usw. an die Bundeskasse zu zahlen haben, nicht als „sonstige Einnahmen“ für die Bundeskasse eingestuft werden dürfen. Diese Beiträge sind an die Bundeskasse besonders einzuschicken.

Gestohlene Ausweise. Gestohlen wurde das Mitgliedsbuch Nr. 837 568 des Kollegen Karl Festig, Löpfer, geboren 25. August 1912 in Görlitz, eingetragener 12. August 1929. Das Mitgliedsbuch ist dem Dieb abzunehmen und an das Bundesbüro zu senden.

Aus den Baugewerkschaften

Danzig. Auch in unserem kleinen „Fressaal“ graffiert die Lohnabwärtsbewegung. Im vorigen Jahre wurden bei uns die Maurerlöhne um 18, die Bauphilfsarbeiterlöhne um 19, die Tischbauarbeiter um 26 % je Stunde durch Schlichterspruch abgebaut. Auf diese Weise wollte man das Baugewerbe „ankurbeln“. Natürlich blieb die erweiterte Arbeitsgelegenheit aus; die Arbeit schmolz im Gegenteil noch mehr zusammen. Trotz dieser Erfahrungen verlangen aber für dieses Frühjahr die Bauunternehmer einen erneuten Lohnabbau, und zwar um 25 bis 35 %. Da die Verhandlung zwischen den Parteien erfolglos verlief, rufen nunmehr die Unternehmer wieder das Tarifamt an. — Wie die Löhne der genannten Hauptgruppen fallen auch die Löhne für die Nebengruppen im Baugewerbe. Der Tarifvertrag für Polster wurde von den Unternehmern nicht verlängert, die Kleintextilfirmen haben den Vertrag gekündigt, im Baugewerbe herrscht ein kassierter Zustand, weil die Unternehmer den nun umfassenen Schlichter im vorigen Jahre Schlichter auch ablehnten und der Tarifvertrag warden Schlichterspruch nicht verbindlich zu machen. Die Unternehmer sitzen auf hohem Pferde, sie glauben, die Macht in Händen zu haben, weil wenig Arbeit vorhanden ist. Privat- oder Industriearbeit ist in Danzig zur Seltenheit geworden, so daß nur noch der öffentliche Wohnungsbau übrigbleibt. Aber bei Abschluß des Etats hat der Senat alle verfügbaren Mittel für allgemeine Ausgaben verwendet, so daß keine Mittel zum Bau öffentlicher Gebäude übriggeblieben sind. Die Wohnungsbauabgabe wurde zugunsten des Hausbesitzes abgebaut. Bereits im vorigen Jahr hat der Senat von der Wohnungsbauabgabe fast ein Drittel für allgemeine Ausgaben verwendet, jetzt hat er beschlossen, 70 % der Wohnungsbauabgabe für allgemeine Ausgaben zu verwenden. Auf diese Weise stehen dem Wohnungsbau bis Ende 1.2 Millionen Gulden in diesem Jahre zur Verfügung. Das ist eine lächerliche Aussicht und verleiht große Arbeitslosigkeit. Aber so etwas glauben die Unternehmer für sich ausnützen zu können.

Paul Umbreit

Kurz vor Redaktionsschluss erhalten wir die erschütternde Nachricht vom Ableben des Kollegen Paul Umbreit, Redakteur der „Gewerkschaftszeitung“. Der Tod dieses um die deutsche freie Gewerkschaftsbewegung verdienten Mannes trifft uns alle um so tiefer, da er ganz unerwartet eintrat. Wie wir noch erfahren konnten, setzte ein Herzschlag diesem an Arbeit und Erfolg reichen Leben ein jähes Ende. Paul Umbreit wurde in Leipzig am 30. Juni 1888 geboren und war von Beruf Drechler. Seit 1900 war er Redakteur des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Über 30 Jahre unterlag die „Gewerkschaftszeitung“, später „Correspondenzblatt“ seiner Leitung. Im Jahre 1918 wurde er in das Kriegsernährungsamt berufen. Seitdem war er ständig als Mitarbeiter in Fachauschüssen verschiedener Ministerien tätig; er war Mitglied der Sozialsteuergesetzkommission, des Reichswehrministeriums und Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses im Reichswirtschaftsrat. Literarisch ist Umbreit mit einer Anzahl gewerkschafts- und sozialpolitischer Schriften hervorgetreten. Seine mit großer Sachkenntnis und Liebe für die Arbeiterchaft geleistete Arbeit wird unvergessen bleiben. Den zu früh dahingegangenen Kämpfer für Recht und Freiheit wird das arbeitende Volk stets in Ehren halten!

weshalb sie ihre unerfüllten Lohnabwärtsforderungen stellen. Wir können also zum Frühjahr auf allerlei Ueberparungen gefaßt sein.

Leipzig. (Nichts in der Schreibung!) Immer wieder gibt es Leute, die diese wiederholte Mahnung nicht beachten und auf das Gerede irgendwelcher Agenten hereinfallen. Auch im Auftrag verschiedener Verlagsbuchhandlungen Leipzigs sind Vertreter unterwegs, die den Hausfrauen ein sogenanntes Doktorbuch oder sonstige Bücher zu beschriebenen Preisen aufschwätzen wollen. Recht oft haben sie dabei Erfolg. Bedenken kommen den Käufern erst dann, wenn es ans Zahlen geht. Ist der Mann arbeitlos und kann er seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, dann schicken die Firmen Mahnungen und schließlich erscheint der Gerichtsvollzieher, dem man das Buch ausständig in dem Glauben, nun endlich Ruhe zu haben. Doch das ist eine falsche Annahme. Nach kurzer Zeit flattert ein blaues Briefchen ins Haus, und man merkt, daß man unbewußt in die Justizmaschinerie geraten ist. Man wendet sich an die zuständige Stelle des Amtsgerichts und wird dort dahingehend aufgeklärt, daß die Firmen die beschriebene Forderung stellen, ihr das Buch zu dem Preise von 10 M wieder als Eigentum zu überlassen. Wer also dann schon 20 M bezahlt hat, hat das „billige Vergnügen“, das Buch für weitere 10 M glücklicherweise zu bekommen. Ein einträgliches Geschäft! Solche Firmen gehören nicht in die Reichswirtschaftskommission, sondern in die Strafkammer. Das Buch bezahlen können, ist der Kaufpreis sehr hoch. Solche Literatur kann man in Vertriebsabteilungen viel billiger erhalten. Also nochmals: Nichts unterschreiben! Ihr großen Unannehmlichkeiten und Enttäuschungen aus dem Wege!

Aus den Fachgruppen

Löpfer und Fliesenleger. Ofenformer. Der Nachtgar (bindende Lohnfestsetzung des Schlichters) vom 16. Januar 1932 für die im Gebiet Brandenburg, Orengram, Pomern, Rechtenburg, Schleswig-Holstein, Hamburg, Schlesien und Sachsen beschäftigten Ofenformer ist vom Reichsarbeitsministerium für a l l g e m e i n v e r b i n d l i c h erklärt worden. Die Allgemeinverbindlichkeit beginnt am 1. März 1932. Sie erhebt vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister mit dem Nachtgar zum Tarifvertrag spätestens am 30. April 1932. Eingetragen ist die Allgemeinverbindlichkeit am 14. März 1932 auf Blatt 9781 Nr. 6 des Tarifregisters.

unfähig werden, so erhält er eine Pension von 35 % dieses Gehalts. Wenn man diese Besätze summiert, so ergibt sich eine Gesamteinnahme von 445 000 M im Jahre. Dementsprechend kann Hitler auch seine Lebenshaltung einrichten. Bei seinen Besuchen bevorzugt er die teuersten Hotels. In Berlin gastiert er im vornehmsten Diplomatenhof, im „Kaiserhof“. Jeder Tag, der ihn an Berlin festsetzt, kostet allein an Zimmermiete 150 M. So verdient und lebt Adolf Hitler, der „Arbeiterführer“.

Gausjudungen bei den Puffschiffen. Die Presse brachte vor der Wahl Nachrichten über Puffschiffvorbereitungen der Nazis. Die bestimmt gemachten Angaben veranlaßten den preussischen Innenminister zu einer allgemein im Freistaat Preußen durchgeführten Gausjudungsaktion in den Lokalen der Nazis. Dabei förderte die Polizei in verschiedenen Teilen Preußens Waffen und übereinstimmende Puffschiffpläne. Für den Wahltag war Alarmbereitschaft der G.A. angeordnet; die Landkreistheorien waren an bestimmten Punkten zusammengezogen, mit Proviant, Waffen und Munition versehen. Schwere Ausschreitungen in verschiedenen Orten des Landes bewiesen die Bewaffnung der G.A. Nach den beschlagnahmten Plänen sollte die Reichshauptstadt von zusammengezogenen G.A.-Formationen eingeschlossen werden. Die Alarmbefehle enthalten Anweisungen für wochenlange Verpflegung, Bewaffnung, Anmarschstraßen, Beschlagnahme von Lebensmittel auf dem Lande und noch manches andere, was zum Bürgerkrieg gehört. Weiter ist darin von Waffen, Räte, die der Landesverteidigung abgenommen und unter den G.A.-Leuten verteilt werden sollen. Die Besetzung der Telefone war ebenfalls vorgesehen. Im Falle eines Hitler-Sieges sollte der gesamte Behördenapparat in die Gewalt der Puffschiffe gebracht werden. Die Pläne — bis ins kleinste vorbereitet — sind Produkte der Berufsgruppen einer „Arbeiterpartei“ ihrer Pension vom Staat beziehen und ihm zum Dank dafür an die Gurgel fahnen. Wir erwarten von der preussischen Polizei für die Zukunft ein schärferes Vorgehen gegen das Nazistrotzium, das seine Freiheit nur darum so steigern konnte, weil die Reichs- und Staatsbehörden dem staatsgefährlichen Treiben nicht mit dem erforderlichen Nachdruck entgegengetreten sind.

Der Gendarm vor dem Untersuchungsausschuss. Die Ernennung Adolfs des Großmüllers zum Gendarmenmeister von Hildburghausen, die ihn, ähnlich dem Hauptmann von Rippenitz, zur komischen Figur der Geschichte machte und viel belacht wurde, fand jetzt ihr amtliches Nachspiel. Ein vom Thüringischen Landtag gebildeter Untersuchungsausschuss befaßte sich mit der Erziehung der deutschen Staatsbürgerpflicht durch Hitler unter Mithilfe seines Paladins Frick — weiland Minister der Innenminister — der in Abwesenheit seines Regierungschefs die Schiebung heimlich beorgte. Beide Primadonnen der Nazi-Partei waren vor dem Ausschuss erschienen und nahmen die Gelegenheit wahr, eine ihrer bekannnten, mit propagandistischen Gesellen gemischte Komödie aufzuführen. Aus den Aussagen beider geht klar hervor, Hitler hat die Ernennungsurkunde angenommen und die Annahme unterschuldig bejaht. Er behauptet, sie nach wenigen Tagen vernichtet zu haben, was niemand widerlegen kann. Diese Feststellung ist für Hitler notwendig, da er sonst mit seinem Eid vor dem Reichsgericht — er erklärte dort unter Eid, staatenlos zu sein — in Konflikt käme. Eine schlechte Sache wird nicht besser, auch wenn sie mit anmaßendem und provokatorischem Gebrüll überhört wird, wie es der Daj hier machte. Auf die Frage des sozialistischen Ausschussmitgliedes Gründler, warum er nicht den geraden deutschen Weg zur Einbürgerung eingeschlagen habe, schrie er wie ein hysterisches Weib gerast los: „Bin ich als Senge hier oder muß ich mich betätigen lassen? Stehmer hat die Hände aus den Hosentaschen, wenn sie mit mir sprechen!“ Darauf wurde ihm treffend erwidert, er befände sich hier vor einem Untersuchungsausschuss und nicht vor seiner G.A., außerdem habe Frick seine Aussagen gemacht, während er die Hände in den Hosentaschen hatte. Der Großmüher dieses übergeschmalteten Hysterikers, der es nicht fertig bringt, in einer für ihn so blamablen Lage wenigstens einen Rest von Menschenvürde zu wahren, kennt anscheinend keine Grenzen. Will sich das deutsche Volk etwas derafftiges zum obersten Vertreter des Reichs erkären? Eine vernichtende Niederlage muß dieser politischen Spottfigur im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl bereitet werden, wenn das deutsche Volk seinen Ruf als geistig hochstehendes Volk nicht verlieren will.

Der Streit im Remelsand. Der Remelskonflikt ist, obwohl sich bereits der Wählerkampf damit befaßt hat, noch immer nicht beigelegt. Die lausitzische Regierung hat den Großlauer Stimmt unter Bruch der Remelskonvention zum Präsidenten des Landesdirektoriums bestellt. Die Volksvertretung des Remelsgebietes hat es abgelehnt, mit Stimmt gemeinsam die Verwaltungsgeschäfte durch Besetzung der Landesdirektorenstellen zu regeln. Die Versprechungen des lausitzischen Außenministers vor dem Wählerbund, nur eine Remelsregierung zu bilden, die auch das Vertrauen der Landtagsmehrheit besitzt, sind damit gebrochen worden. Es stellt sich die Frage, ob das Ansehen des Wählerbundes, wenn sich ein kleiner Staat wie Litauen ungehindert über seine Verhältnisse hinwegsetzt. Die Wirkung für den Wählerbund ist besonders bedauerlich, da es ihm nicht einmal gelingt, kleine Staaten wie Litauen zu einer Einhaltung der internationalen Ruhe und Ordnung zu zwingen. Inzwischen haben die Mandatarmächte des Remelsgebietes eine in scharfer Tone gehaltene Note an die lausitzische Regierung gerichtet. Welcher Erfolg diesem Eingreifen beschieden ist, bleibt abzuwarten.

Allgemeine Rundschau

Eine Herausforderung der gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungspolitik. Im „Berliner Tageblatt“ vom 13. März nimmt ein Herr H. Bergmann in einem Artikel „Die Krise der Gewerkschaften“ Stellung zu den Arbeitsbeschaffungspolitik und der Rolle der freien Gewerkschaften. Er schreibt: „Diese Sorge um die Arbeitsbeschaffung steht im Mittelpunkt der gegenwärtigen Gewerkschaftspolitik. So ist der neue Arbeitsbeschaffungsplan der freien Gewerkschaften in Wirklichkeit erst durch die gewerkschaftliche und weniger durch die allgemeine wirt-

Politische Zeitnotizen

Wurgriede über Ostern. Der Reichspräsident hat in einer Notverordnung ähnlich wie vor Weihnachten für die Zeit vom 20. März bis zum 3. April das Abhalten von öffentlichen politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel unterlagert. Weiter ist bestimmt, daß in der gleichen Zeit die Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugzetteln politischen Inhalts unterbleiben muß. Diese neue Verordnung veranlaßt die „Neue Fahne“ zu der Bemerkung, die Reichspräsidentenwahl finde dadurch auf das Niveau sogenannter Balkanwahlen herab. Diese Behauptung ist unzulässig, man könnte eher behaupten, die von der Nazis und teilweise auch von den Kommunisten in die Politik eingeschleierten Balkanmethoden nach derartige Eingriffe nötig. Die noch verbleibende Zeit für diesen Wahlkampf, dessen Ausgang keinem Menschen in Deutschland zweifelhaft zu sein braucht, ist noch reichlich bemessen. Für die politischen Wandluster Deutschlands bleibt noch genügend Zeit, ihre politische Jauchekäbel über das deutsche Volk auszugeben.

Kaffe wurde für Nazigläubige. Das Thermometer hitlerianischer Nachgeschäfte ist nach dem Reinstrom vom 13. März rudertartig gefallen. Der Theaterbesitzer Hitler hat seine geschwollenen Hoffnungen zurückgedraht, nachdem er sich von seiner Nervenerkältung erholt hat. In einer Rede in Weimar hat er kürzlich erklärt: „Gleichgültig, ob der Tag des Sieges morgen kommt oder in zehn Jahren. Aber er kommt!“ Wie jagte doch der „kleine Wandluster von Berlin“ — wie er sich in Plakaten selbst angekündigt hat — Oeobels, im Berliner Sportplatz zu seinen „vor Freude aufschreienden Janissaren“ vor der Wahl, als er Hitlers Kandidatur ankündigte? Wenn ich euch sage, daß Hitler kandidieren wird, so bedeutet das nicht, daß er kandidiert, sondern Reichspräsident wird.“ Der so bestimmt angekündigte Reifstas ist ausgeblieben und seine Gläubigen müssen sich auf später verstößen. Ob ihr Gelöbterglaube die

mit bombastischen Versprechungen herausforderten Anhänger des Dritten Reiches bei der Stange halten wird, bleibt abzuwarten. Die Eisene Front und die übrige republikanische Bevölkerung werden für weitere kalte Wünsche und Ernüchterung sorgen. Der zweite Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl muß die weitere Ernüchterung bringen!

Adolf der Schwerebediener. Was der „Arbeiterführer“ Adolf Hitler im Laufe des Jahres „verdient“, darüber berichtet die Wochenchrift „Die Tribüne“. Danach erhält Adolf Hitler die Hälfte aller Einkünfte aus dem nationalsozialistischen Eher-Verlag in München, in dem sämtliche nationalsozialistischen Druckschriften, u. a. der „Völkische Beobachter“ und der „Münchener Beobachter“ erscheinen. Hitler erhielt aus diesem Verlag im verflohenen Jahre 240 000 M. Dazu kommt sein Gehalt, das er als Oberbörge der Nazipartei bezieht, nämlich 1100 M monatlich. Weiter erhält Hitler 20 % der Gesamteinnahme aller Veranlagungen, in denen er als Redner auftritt. Das bedeutet für ihn bei und 130 derartige Veranlagungen im Jahre 1931 eine Einnahme von 200 000 M. Man muß hierbei berücksichtigen, daß in manchen Versammlungen von den Zuhörern ganz erhebliche Eintrittsgelder entrichtet werden; diese sind um so höher, je zahlungsfähiger das Publikum ist, das durch Adolfs Oell erleuchtet werden will. Fernerding hat Hitler noch eine Einnahmefestsetzung zu verzeichnen, da er ja braunhügeliger Regierungsrat geworden ist. Für diese „Tätigkeit“ bezieht er ein Jahresgehalt von 2288 M. Sollte er nach Wotans unerforschlichem Ratisschluß arbeits-

Ohne Willkür keine Rechte!
Für die Woche vom 20. bis 26. März ist der 13. Bundesbeitrag für 1932 zu zahlen.

